

VERWALTUNGSGERICHT

Aus für Umgehung – Gegner feiern Urteil

Überraschende Wende im Streit um die Süd-West-Umgehung Olching: Das Verwaltungsgericht München hält die Genehmigung der Umfahrung für nichtig. Damit steht die Straße wieder auf der Kippe. Die Gegner jubeln, die Befürworter wetzen die juristischen Messer.

VON SUSANNE SCHWIND,
THOMAS STEINHARDT
UND STEFAN WEINZIERL

Olching – „Wir haben gewonnen“, sagt Ewald Zachmann freudestrahlend. Was ihm in seiner Eigenschaft als Olchinger Stadtrat bislang nicht gelungen ist, hat er nun als Anwalt geschafft: Die Staatsstraße 2069 neu, die auf 1,9 Kilometer um Olching führen und den Ort vom Verkehr entlasten sollte, darf nicht gebaut werden. Zumindest nach aktuellem Stand. Zachmann vertrat den am betroffenen Stadtrand wohnenden Olchinger Xaver Reith, hatte aber auch schon als FW-Politiker mit allen Mitteln gegen den Bau gekämpft.



Spontan-Party mit Bier und Weißwürsten: Die Gegner der Umgehungsstraße trafen sich gestern Nachmittag im Garten der Familie Schlenker in Olching, um den Gerichtsentcheid zu begießen. Im Mittelpunkt: Rechtsanwalt und Stadtrat Ewald Zachmann (hinten, im schwarzen Polo-Shirt), der den Prozess gewonnen hatte.

FOTO: PETER WEBER

Der lange Weg

Die Begründung des Gerichts hat nun aber weniger mit der Planung der Straße als solcher zu tun, sondern mit deren Einstufung als Staatsstraße. Denn das Verwaltungsgericht hält die Trasse für eine geringerwertige Kreis- oder gar Gemeindestraße. Damit sei nicht die Regierung von Oberbayern für den Bau zuständig, sondern der Landkreis oder die Stadt. Weil aber die Regierung die Genehmigung ausgesprochen hat, sei diese nichtig.

Große Freude herrschte gestern also bei Gert Schlenker, dem Vorsitzenden der Bürgerinitiative Ortsentwicklung Olching. Er lud seine Anti-Umfahrungs-Kollegen zu einer Party ein. Es gab Bier, Weißwürste und jede Menge gute Laune. Schlenker wundert sich, dass bei der Regierung von Oberbayern niemand auf die Idee gekommen ist, die Einstufung der Straße zu überdenken. Dass der Landkreis nun die Straße baut, kann er sich nicht vorstellen.

Enttäuscht ist dagegen Olchings Vize-Bürgermeister Robert Meier (CSU). Er wartet seit 20 Jahren auf die Umfahrung und will prüfen, was sich gegen das Urteil unternehmen lässt. Auch die CSU-Stadträtin Maria Hartl, die stets für die Trasse gekämpft hat, sieht in dem Richter-

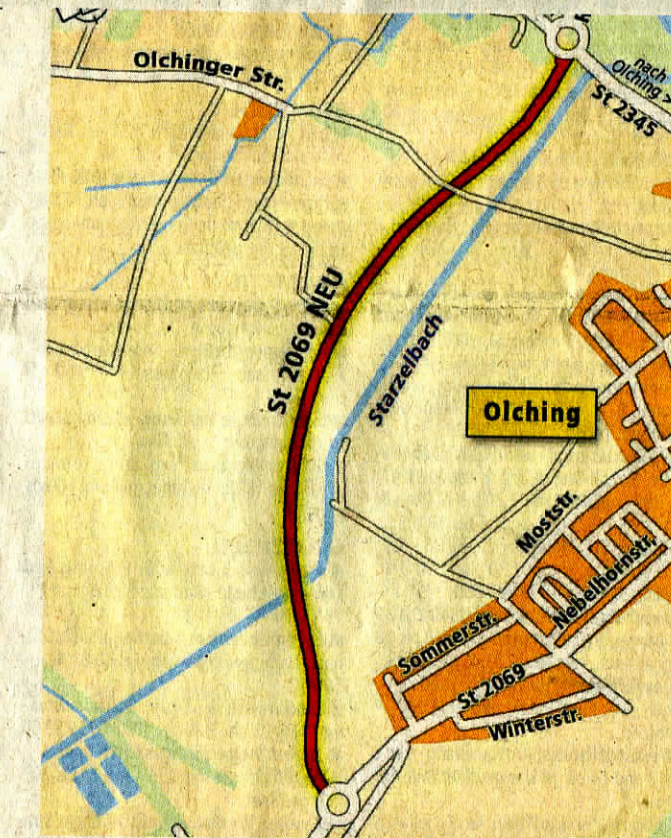
Der Kampf der Bürgerinitiative beginnt im Jahr 1977, als die Olchinger CSU ein Ringstraßenkonzept vorlegt. 1992 spricht sich der Gemeinderat für eine ortsferne Südwestumfahrung aus, dazu kommt die Idee der Verlängerung der Trasse um die Süd-Ost-Umfahrung.

Ein Bürgerentscheid im Jahr 2000 scheitert an der zu geringen Wahlbeteiligung. Der Gemeinderat will die Süd-West-Umfahrung jetzt westlich des Starzelbachs.

Im Januar 2007 wird die Planung vorgelegt. Bürger können ihre Einwände vorbringen. Die Bürgerinitiative Ortsentwicklung sammelt 2100 Unterschriften. Die Pläne reifen bis zur Feststellung. Die Süd-Ost-Umfahrung gilt nun als nicht nötig. Eine Petition scheitert.

Die Klagen gegen das Projekt werden Ende 2011 eingereicht, die eine (s. Text) hat Erfolg. Eine zweite steht noch aus: Dabei geht es um Landwirte, die ihren Grund nicht hergeben wollen.

spruch kein Todesurteil für die Umgehung. Sie glaubt, dass die Regierung von Oberbayern Rechtsmittel einlegen wird. Genau das kündigt Landtagsvizepräsident Reinhold Bocklet (CSU) an. Er fordert eine Überprüfung am Verwaltungsgerichtshof. Es sei misslich, dass die staatliche Straßenbauplanung mit derartigen Unsicherheiten



Die Südwest-Umfahrung sollte Olching entlasten. Sie hätte die nach Eichenau führende Straße mit der nach Maisach verbunden.

GRAFIK: ERTL

rechnen müsse. Zur Not müsse der Landtag eine gesetzliche Regelung schaffen.

Landrat Thomas Karmasin (CSU) nahm das Urteil verwundert auf. „Dass eine Straße, die zwei Autobahnen verbindet, keine Staatsstraße sein soll, überrascht mich.“ Er bezweifelt, dass der Landkreis angesichts seiner Finanzlage den Bau schultern

könnte. Unverständlich ist die Entscheidung auch für Emmerings Bürgermeister Michael Schanderl (FW), der auf eine Entlastung auch seines Orts gehofft hatte. „Das ist so nicht hinnehmbar, das stellt ja alles auf den Kopf.“ Die Position seines FW-Kollegen Zachmann in dieser Frage könne er nicht verstehen. Die Olchinger Grünen

KOMMENTAR

Zick-Zack-Kurs bremst Straßenbau aus

Dass Ewald Zachmann als Rechtsanwalt ein Fuchs ist, hat er mit seinem Erfolg vor dem Verwaltungsgericht wieder eindrucksvoll bewiesen. Um ans Ziel zu gelangen, schreckt der Umgehungsgegner auch nicht davor zurück, eigene Argumente plötzlich ins Gegenteil zu verkehren. 2005 wollte er verhindern, dass sich Olching in einem Vertrag mit dem damaligen Straßenbauamt dazu bereit erklärt, Mehrkosten für die Umgehungsstraße zu übernehmen. Sein Argument damals: Die geplante Umgehung sei Teil einer Staatsstraße – und müsse damit vollständig vom Staat gezahlt werden. Nun hat er mit dem Einwand vor Gericht gewonnen, die Straße sei dies eben nicht.

Über die Ehrenhaftigkeit solcher Finten lässt sich genauso trefflich streiten wie darüber, welchen Status die St 2069 denn nun wirklich verdient. Noch mehr Diskussionsstoff bietet allerdings die Tatsache, dass ein Richter am Verwaltungsgericht so einfach über den Status einer Straße entscheidet. Man kann nur hoffen, dass es für das Urteil eine zweifelsfreie rechtliche Grundlage gibt und vor dem Urteil ausreichend Expertenmeinungen gehört wurden. Immerhin hat die Abstufung der Straße selbst Umgehungskritiker überrascht.



Stefan Weinzierl

Redakteur für den östlichen Landkreis

dagegen begrüßten das Urteil auch aus Naturschutzgründen. Die Regierung von Oberbayern und das Straßenbauamt wollen nun vor allem die schriftliche Urteilsbegründung abwarten, bevor sie sich äußern. Die ganze Sache, so hieß es im Straßenbauamt, werde weitere Kreise ziehen.

Gröbenzells Bürgermeister Dieter Rubenbauer war

überrascht. „Meine erste Reaktion lautete: ‚Ja, schön!‘“ Bevor der Kreis den Bau einer Olchinger Umfahrung finanziere, müsse er erst die FFB 11 weiterbauen. Auch Eichenaus Bürgermeister Hubert Jung begrüßt das Urteil, auch wenn er die Begründung skeptisch beurteilt: „Ich halte die Staatsstraße schon für eine Staatsstraße.“